

enthalten: Die Studenten, die von der Partei in die Sowjetunion geschickt wurden, sind Nomenklaturkader.

Die Frage mit der Erbfolge ist ein bißchen schwierig zu beantworten. Ich nehme an, daß der natürliche Vaterstolz sicher auch dem Kind eine angemessene Perspektive sichern wollte, und die konnte sehr unterschiedlich sein. Man konnte es zum MfS schicken, es gibt ja bekannte Fälle. Voslensky schreibt in seinem Buch, die Nomenklatura wird erblich. Vielleicht ist dafür die DDR nicht alt genug geworden, um das beantworten zu können, denn die Herren und die wenigen Damen sind ja nun alle weit übers Rentenalter hinaus im Amt geblieben. Sie haben für ihre Kinder gesorgt, das ist nachweisbar, die sind in gute Positionen gekommen, die wurden bevorzugt in die Sowjetunion geschickt zum Studium usw., also vor allen Dingen Kinder von höheren Parteifunktionären wurden bevorzugt beim Studium in der Sowjetunion.

Zur Frage nach den Privilegien: Ich glaube, das Hauptprivileg war es, Nomenklaturkader zu sein, man gehörte einer ausgewählten Elite an. Besonderen Stellenwert bei dem, was man so als Privilegien bezeichnen könnte, hatten erfahrungsgemäß die Altersversorgung und die Gesundheitsfürsorge, da sehr viele Ältere darunter waren. Quantitativ am stärksten besetzt mit Nomenklaturkadern war z.B. das Regierungskrankenhaus. In den Akten finden wir oft andere Privilegien, also die Urlaubsmöglichkeiten waren besser, die medizinische Betreuung war besser, die Bezahlung war besser –, das ist ja klar, wenn man die höheren Positionen hat, aber ich meine, in jedem Land geht es wahrscheinlich den oberen Zehntausend so schlecht nicht. Wir haben in den Akten leider auch wenig Nachweise über Privilegien. Ein einziges Schriftstück ist mir bisher aufgefallen, wo dieses Wort, aber nicht im Zusammenhang damit, fällt, und zwar ist das eine Analyse aus dem Bereich Ordnung und Sicherheit beim Ministerrat. Dort wird ein Diebstahl im „Nomenklaturverkauf“ gemeldet. Also zwei Flaschen Chateau und eine Flasche Mainzer Domherr waren entwendet worden aus dem Nomenklaturverkauf, und das wurde natürlich mit allen Schikanen untersucht, welcher – wahrscheinlich – Haushandwerker der Missetäter war.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Wagner. (Beifall) Wir bitten als nächsten um seinen Vortrag Herrn Professor Weiss, den Rektor der Universität in Leipzig.

Prof. Dr. Cornelius Weiss: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Bericht wird sehr viel weniger wissenschaftlich sein, als es der meines Vorredners gewesen ist. Es ist der subjektive Bericht eines Menschen, der an seiner Familie und sich selbst die Kehrseiten der Kaderpolitik erlebt hat. Zwei Vorbemerkungen: Zunächst einmal bin ich der Überzeugung, daß die sozialistische Kaderpolitik eine der Ursachen für den wirtschaftlichen und moralischen Niedergang der DDR war, denn sie war, das möchte ich vorwegnehmen, zumindest partiell eine negative Auslese. Die zweite Vorbemerkung sind einige Zitate. Ich habe in Vorbereitung auf diesen Abend in alten DDR-Wörterbüchern gestöbert. Dort wird als Kader definiert: „Ein planmäßig

herangebildeter Stamm von Personen, die an Vorbereitung, Formulierung, Ausführung und Kontrolle von Entscheidungen (*zu ergänzen ist – der SED*) maßgeblichen Anteil haben. Kader sollten sich durch folgende Eigenschaften auszeichnen: Ergebenheit und Treue zur Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der SED, Bereitschaft, die Parteilinie durchzusetzen, Wachsamkeit gegenüber dem Klassenfeind und Unduldsamkeit, hervorragendes (*an fünfter Stelle*) politisches und fachliches Wissen (*das fachliche also an sechster*), ständiges Streben nach Vervollkommnung ihrer marxistisch-leninistischen Kenntnisse.“ Als Kaderpolitik wurde in diesem Lexikon definiert „die Gesamtheit der Prinzipien für die Auswahl, Erziehung, Verteilung und Kontrolle dieser Kader.“ Und ich stimme meinem Vorredner, Herrn Dr. Wagner, zu, diese Kaderpolitik erstreckte sich auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens in der DDR, also auf die SED selbst, selbstverständlich auf den Staatsapparat, auf die Wirtschaft, auf die Bildungs- und Forschungseinrichtungen, somit auch auf die Universitäten, auf die bewaffneten Organe. Sie erstreckte sich auf alle Massenorganisationen vom FDGB über FDJ, DTSB, DSF bis zum Kulturbund. Sie erstreckte sich auf die Wahlgremien, nicht nur auf die Volkskammer, sondern auch auf die Räte der Bezirke und Kreise und selbst auf die Elternbeiräte und Elternaktive in den Schulen, und sie erstreckte sich natürlich auch auf die Blockparteien.

Die Kaderarbeit ging nach meiner subjektiven Überzeugung von der zynischen Voraussetzung aus, daß durch genügend lange und intensive ideologische Gehirnwäsche jeder Mensch verbogen, nach dem SED-Jargon zur „allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit“ erzogen werden kann. Sie setzte daher schon im zartesten Kindesalter an. So gehörten in den staatlichen Kindergärten, die übrigens unter der Obhut des Ministeriums für Volksbildung standen, Themen zum Programm wie: „Wir lieben unser sozialistisches Vaterland, die DDR“, „Wir verehren die führenden Genossen der Partei“, das heißt natürlich der SED, oder „Wir bewundern die Soldaten der NVA, die auf Friedenswacht stehen“, das war vor allem um die Weihnachtszeit. All dies gehörte zum Erziehungsprogramm der Kindergärten. Inwieweit es realisiert wurde, weiß ich nicht, denn meine eigenen Kinder besuchten glücklicherweise einen kirchlichen Kindergarten. Auf jeden Fall erhielten die Kinder, wenn sie den Kindergarten verließen, eine Abschlußbeurteilung, die bei der Einschulung vorgelegt wurde. Genau mit der Einschulung begann dann auch der erste Teil der Kaderarbeit in folgenden Komponenten: Erstens wurde schon die Klassenzusammensetzung aufs feinste ausgetüftelt, bevor überhaupt der erste Schultag war, auf der Grundlage der eben von mir erwähnten Beurteilungen, auf der Grundlage der sozialen Herkunft und der SED-Mitgliedschaft der Eltern. Soziale Herkunft und SED-Mitgliedschaft der Eltern vermischten sich übrigens insofern, als ja längst Funktionsträger aus NVA, Volkspolizei, ABI und Partei zur sogenannten Arbeiterklasse gehörten. Zweiter Punkt der Kaderarbeit in den Schulen: Die Eltern, die der SED angehörten, wurden schon im Vorfeld aufgefordert, in das Klassenelternaktiv einzutreten. Andere, die sich bei der ersten Elternversammlung freiwillig meldeten, wurden bestenfalls geduldet, auf jeden

Fall hatten sie nicht den Vorsitz. Und es kamen erste Auswahlkriterien durchaus zur Anwendung: Das war der Eintritt in die Organisation der Jungpioniere in der zweiten Klasse, das war der Übergang – das allerdings weniger kritisch – zu den Thälmann-Pionieren. Ein weiteres Kriterium war, ob man Mitglied der FDJ wurde, und schließlich die Teilnahme an der Jugendweihe – ja oder nein – und/oder Konfirmation – ja oder nein.

Das war eine sehr schwierige Zeit für uns Eltern, denn wir waren zerrissen zwischen der Sorge einerseits, daß die Kinder der pausenlosen ideologischen Einwirkung erliegen würden oder, schlimmer noch, zwar nichts glauben, aber trotzdem so reden, also Opportunisten werden könnten, und andererseits der Angst, daß unsere Kinder durch zu lauten Widerspruch auf sich aufmerksam machen könnten, daß sie dadurch frühzeitig benachteiligt und möglicherweise isoliert werden. Ich habe sonst nie ins Kopfkissen geweint in der DDR, aber in der Zeit, als meine Kinder in der Schule waren, haben wir das gemacht, meine Frau und ich, denn wir fragten uns voller Verzweiflung, ob wir überhaupt das Recht hatten, unsere Kinder durch die Vermittlung bestimmter Ideale und Anhalten zu kritischem Denken in Widerspruch zur herrschenden Gesellschaftsordnung zu bringen.

Die erste Kaderentscheidung fiel in der achten Klasse, da ging es nämlich um die Delegation zur Erweiterten Oberschule (EOS) – das ist das Gymnasium in der DDR gewesen –, da hatten ideologische Kriterien schon Vorrang. Ich darf das an einem Beispiel aus meiner Familie erläutern. Meine Tochter war Klassenbeste – Notendurchschnitt 1,1. Sie kam nicht zur EOS, dafür aber sieben andere Knäblein und Mägdelein, die entweder Berufsoffiziere oder -offizierinnen der NVA werden sollten, oder, und vor allem, weil die Eltern Funktionäre in verschiedenen Staats- und Parteiorganisationen waren. Ich erinnere mich, da waren der Vorsitzende der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion des Bezirkes Leipzig und noch so ein paar, deren Kinder kamen zur EOS – meine Tochter nicht. Was für verheerende Wirkungen das auf ein Kind in der Pubertät hatte, kann sich jeder ausmalen. Ich komme nachher noch darauf zurück, weil das auch gefragt wird, wie man dagegen einwirken konnte.

Es gab, das möchte ich bei dieser Gelegenheit erwähnen, spezielle Kaderschmieden schon in diesem Alter, das waren die Spezialschulen, zuerst die Kinder- und- Jugendsportschulen, später die R-Schulen, ab 1975 etwa auch Mathematik-, Chemie- und Physik-Sonderspezialschulen. Das Abitur war im Gegensatz zu dem, was viele glauben, keine Kaderentscheidung. Wer einmal auf der EOS war, machte auch, wenn er nicht allzu dumm war, das Abitur, und ihm war dann auch ein Studienplatz sicher, denn das war Teil der Planwirtschaft. Allerdings die Studienrichtung, die Fächerauswahl war durchaus eine Sache schon wieder der Kaderentwicklung, denn hier spielte die Schule mit, und wenn die Schule in die Beurteilung schrieb – „Der Junge ist nicht für ein Medizin- und Physikstudium geeignet.“ – dann wurde das so akzeptiert. Es gab auch das Strafstudium. Junge Leute, die in der Schule negativ aufgefallen waren, etwa durch ein vorlautes Mundwerk im ML-Unterricht – Staatsbürger-

kunde hieß das – oder bei anderer Gelegenheit, denen wurde nahegelegt, möglicherweise doch genau Marxismus-Leninismus zu studieren.

Hauptinstrument der Kaderarbeit unter den Studenten an der Universität waren die sogenannten Seminargruppen. Das waren Gruppen von 10 bis 20 Studenten, die gemeinsam studieren, möglichst auch ihre Freizeit zusammen verbringen sollten. Die Gruppen standen untereinander im „sozialistischen Wettbewerb.“ Wer nicht spurte, störte den „sozialistischen Wettbewerb“ und wurde dann möglicherweise von den anderen Mitgliedern der Gruppe diszipliniert. Die Zusammensetzung der Seminargruppen wurde – ähnlich wie die der Schulklassen – vorab festgelegt an der Universität, und zwar nach der Anzahl der SED-Genossen – das waren am Anfang meistens nur ein bis zwei pro Seminargruppe –, nach der sozialen Herkunft – wieder im oben beschriebenen Sinn –, nach der Beurteilung durch die Schule und, das muß ich nach meinen jetzigen Erkenntnissen vermuten, es sollte wohl immer ein IM der Staatssicherheit pro Seminargruppe möglichst dabei sein. Hier haben wir also so eine Verflechtung. Die Seminargruppe war identisch mit der FDJ-Gruppe. Als FDJ-Sekretär wurde meist ein Parteilooser von der Universität zur Wahl vorgeschlagen (der wurde dann auch meist gewählt, die kannten sich ja noch gar nicht), also ein Parteilooser, aber möglichst aus SED-Familie. Damit erreichte man zweierlei: Die ideologische Führung war gewährleistet, aber gut getarnt, und zweitens, wenn der junge Mensch, was nicht ausbleiben würde, irgendwann in die SED eintreten würde, wäre das ein gutes Beispiel für die anderen.

Die zweite Kaderentscheidung im Laufe eines jungen Lebens war nach Abschluß des Studiums die Frage, wird man Assistent an der Universität oder nicht. Dabei galten folgende Kriterien: *Conditio sine qua non* war, daß man sich bereit erklärt hatte, als Reserveoffiziersanwärter zu dienen, die sogenannte „ROA-Unterschrift.“ Mitglied der SED war günstig; die Studenten hatten das gemerkt, inzwischen hatte sich ihre Zahl auch meist von ein bis zwei auf zwei bis vier pro Seminargruppe verdoppelt. Gesellschaftliche Arbeit wurde gefragt, Beteiligung am FDJ-Studienjahr und selbstverständlich fachliche Leistungen. Hier sind erste Konsequenzen übrigens der sozialistischen Kaderpolitik erkennbar. Jedermann kennt den normalen Zensuredurchschnitt der Studenten einer Gruppierung, die man zunächst mal beliebig aussuchen könnte. Man hat eine Gauß'sche Glockenkurve mit einer 2,5 als Maximum. Nach höheren oder schlechteren Noten geht das langsam runter, die Minima liegen bei 1 und 5. Ganz anders war die Zensurenstatistik bei jungen Genossen, die ergab 2 Maxima, eines bei der Note 1 und eines bei der Note 3,5, dazwischen lag ein zusätzliches Minimum bei 2,3. Die Erklärung ist sehr einfach: In die SED strebten entweder junge Leute, die fachlich sehr gut und zugleich ehrgeizig waren und die merkten, daß man, wenn man etwas werden wollte, der SED angehören sollte, und in die SED strebten die fachlich zum unteren Drittel Gehörenden, die Luschen, die sich sagten, wenigsten den Bonbon am Revers tragen, wenn ich schon fachlich nichts bringe.

Je höher der Aufstieg in der wissenschaftlichen Hierarchie, desto wichtiger wurde die SED-Mitgliedschaft. Ende der siebziger Jahre war es die fast absolute Voraussetzung für eine Ordentliche Professur. Aus Alibigründen wurden meiner Kenntnis nach pro Jahr ein bis zwei Parteilose und drei bis vier Mitglieder von Blockparteien auf Ordentliche Professuren berufen. Beispiel Universität Leipzig 1989: Es wurden 20 Ordentliche Professoren berufen, sie waren alle Mitglieder der SED, es wurden drei Außerordentliche Professoren berufen, dazu gehörte auch ich, wir waren alle drei parteilos. Außerordentliche Professoren waren Titular-Professuren. Dies veranlaßte übrigens viele Wissenschaftler noch im reifen Alter von 50 Jahren, um Aufnahme in die SED regelrecht zu bitten. Vor diesen Konvertiten hatten wir, die Parteilosen, besondere Angst, denn sie waren ja wider besseres Wissen und mit genügend Lebenserfahrung in die SED eingetreten. Sie konnten es nur aus Karrieregründen getan haben, sie unterschieden sich also von denen, die wir gelegentlich als die „alten ehrlichen Genossen“ bezeichneten, vor denen man sich nicht fürchten mußte, ganz im Gegensatz zu diesen Konvertiten. Ergebnis der Kaderpolitik an der Universität Leipzig zum Oktober 1989: 90 Prozent aller Professoren waren Angehörige der SED, in den Geistes- und Sozialwissenschaften waren es deutlich über 90 Prozent. In den Wirtschaftswissenschaften, Geschichte, Philosophie, Recht und einigen anderen Fächern waren es praktisch 100 Prozent. Zum Leistungsprofil ist zu sagen, daß es analog dem war, wie ich es vorhin mit der Leistungskurve der Genossen beschrieb. Es waren einige fachlich Exzellente dabei, und es waren genauso viele dabei, die fachlich überhaupt nichts brachten. Den fachlich Exzellenten nützte es aber nichts, sie waren inzwischen korrumpiert und wurden Erfüllungsgehilfen der SED, sie wirkten bei allen Beschlüssen kritiklos mit, im Gegenteil, sie bemühten sich noch ganz besonders, vorbildlich zu sein, damit der Makel ihres späten Eintritts in die SED nicht gar zu auffällig würde. Die haben dabei mitgeholfen, die Wissenschaft in der DDR zu ruinieren, zum Beispiel bei der Abschaffung weitgehender Grundlagenforschung und ihrer Überführung hin zur Produktpflege. Sie haben mitgewirkt bei der Exmatrikulation junger Leute aus politischen Gründen, etwa aus der Studentengemeinde, sie haben freudig mitgewirkt, als es um die Sprengung der Universitätskirche in Leipzig ging. Die fachlich exzellenten oder fachlich guten Parteilosen – das war ziemlich egal – blieben in der Regel akademischer Mittelbau, das heißt, sie wurden bestenfalls Oberassistenten und Dozenten. Das hatte Nachteile für sie, sie bekamen keine Mitarbeiter, sie hatten keinen Einfluß, beispielsweise konnten sie nie in die Sektionsleitung aufrücken, bestenfalls als Stellvertreter für Forschung – das war ideologiefiern –, und sie wurden in der Regel auch nur unter sehr viel schwierigeren Umständen Reisekader und dann ganz gewiß – da gab es verschiedene Kategorien – der allerschlechtesten Kategorie. Mit anderen Worten, sie hatten eine geringere wissenschaftliche Entfaltungs- und Entwicklungschance.

Zur Zeit der Wende konnte man beobachten – nach dem bisher Gesagten völlig verständlich –, daß die Herren und Damen Professores schön zu Hause blieben während der Demonstrationen. Es waren einige wenige, die Zivilcou-

rage hatten. Die wesentlichen Impulse zur Demokratisierung und Erneuerung der Universität gingen, ebenso logisch, nicht von den Hochschullehrern aus, sondern vom akademischen Mittelbau. Nachdem die DDR sang- und klanglos abgetreten war, bemühten sich die etablierten Professoren sehr intensiv um demokratische Mäntelchen teils verbal, teils dadurch, daß sie sich durch nicht legitimierte Gremien das Vertrauen aussprechen ließen. Im übrigen nutzten sie ihre alten Kontakte aus Reisekaderzeiten, entfalteten eine rege Reisetätigkeit und versuchten mit Drittmittelwerbung und anderem, ihr Reich zu betonieren. Es war ganz klar, daß das so nicht bleiben konnte. Die Universitäten, die Hochschulen generell erstarrten. Es wurde die Notwendigkeit personeller Erneuerung immer klarer. Einen Impuls dazu gab der berühmte Abwicklungsbeschluß in allen östlichen Bundesländern etwa um die Jahreswende 1990/91, mit dem besonders ideologieverstrickte Fakultäten, Institute oder Sektionen – so hieß es bei uns – geschlossen wurden. Das bedeutet natürlich nicht, daß in den Naturwissenschaften, in der Medizin und in den Technikwissenschaften die Leute im Durchschnitt weniger verstrickt waren, aber dort war es nicht so offenkundig gewesen, diese Fächer sind eben etwas ideologiefreier. Es war deswegen notwendig, daß auf Grundlage entsprechender Gesetze, die in allen Ländern von den Landtagen auch verabschiedet wurden, eine gewisse personelle Erneuerung, ein Elitenwechsel stattfand. Wir haben stets gesagt, daß die Abwicklung nicht das beste Beispiel dafür ist, denn das war eine Rasenmähermethode. Wir sind ein Rechtsstaat, wir wollten das gerne auf rechtsstaatlicher Grundlage mit Einzelfallprüfung. Das erlaubte das Gesetz. Die dafür zuständigen Gremien hießen Personalkommission und Fachkommission, ich brauche das nicht auszuführen, das hat oft genug in den Zeitungen gestanden.

Im Ergebnis kann man feststellen, daß heute an den sächsischen Hochschulen etwa 30 Prozent des Hochschullehrerbestandes bereits Hochschullehrer zu DDR-Zeiten waren, also Professoren. 40 Prozent sind aus den alten Bundesländern berufen worden, und knapp 30 Prozent sind Leute aus dem akademischen Mittelbau, die durch die Neuausschreibung der Professuren eine späte Chance erhielten und in manchen Fällen nutzen konnten. Ich muß aber dazu sagen, daß diejenigen, die durch diese sozialistische Kaderpolitik Nachteile erlitten haben, die also trotz fachlicher Exzellenz nichts werden durften, nicht in jedem Fall volle Genugtuung erfahren konnten. Wir haben uns bemüht um die Rehabilitierung. Ich hatte dieser Sache mein Hauptaugenmerk gewidmet, wir haben über 100 ehemalige Studenten oder exmittierte Wissenschaftler finden können, die aus politischen Gründen politisches Unrecht hinnehmen mußten. Wir konnten sie im Grunde genommen nur moralisch rehabilitieren, in manchen Fällen durch eine Außerplanmäßige Professur, in manchen Fällen dadurch, daß wir sie ermutigten, sich bei den Ausschreibungen zu bewerben. Häufig war aber durch den Rausschmiß aus der Universität ein Karriereknick eingetreten, der irreparabel war. Sie waren eben nicht mehr in der Forschung, sie hatten den Literaturanschluß verloren und konnten mit den anderen Bewerbern, auch aus den alten Bundesländern, natürlich nicht konkurrieren. Dies ist so, und hier bleibt etwas, was nie wieder wird gutgemacht werden können. Es

setzt sich sogar – mein letzter Satz – ein wenig in die Gegenwart fort und in die Zukunft, denn diese Menschen werden auch in der Zukunft – ich denke jetzt an die Altersversorgung – Nachteile haben. Gestern ist beschlossen worden, daß bestimmte Kappungsgrenzen wohl wegfallen. Ich begrüße das für Ärzte, Ingenieure und andere Leute, die sich mit dem System in den DDR nicht allzusehr arrangiert hatten (die sogenannten I-Renten). Vollkommen vergessen worden sind die Menschen, die aus politischen Gründen an einer ostdeutschen Forschungsinstitution – Wissenschaftler also –, an einer Universität, einer Hochschule keine Karriere mehr machen konnten, erst nach der Wende berufen wurden, aber zu alt waren, um verbeamtet zu werden. Deren Rente berechnet sich nach ihrem Verdienst in DDR-Zeiten. Mein Gehalt war, als ich anfang, 495,- Mark (Ost), Tarif „Übrige Chemie“, meine Frau hatte 190,- Mark als Fotolaborantin. Sie können sich ausrechnen, daß genau diese Menschen eine deutlich geringere Rente erhalten werden nach den Regeln der BfA als die, die schon seit 20 Jahren, also etwa seit den siebziger Jahren, Professoren waren und das möglicherweise auch erkaufte hatten mit bestimmten Kompromissen, die aus meiner Sicht ein anständiger Mann nicht eingeht. Vielen Dank. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Weiss. – Wir bitten jetzt Herrn Professor Kiel.

Prof. Dr. Siegfried Kiel: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich bin gebeten worden, zu dem Thema „Umsetzung kaderpolitischer Konzeptionen in der Lehrerbildung an DDR-Hochschulen“ etwas zu sagen. Das Thema ist also etwas eingegrenzter. Ich bin von Haus aus Lehrer und Erziehungswissenschaftler, komme aus dieser Sicht zu diesem Thema, bin also nicht Spezialist auf dem Gebiet der Kaderpolitik. Ich versuche, mich aus meiner Sicht dem Thema zu nähern.

Wenn ich am Anfang etwas Historisches sage – ich bin kein Historiker –, dann hat das folgenden Grund: Ich bin bei meinen Recherchen, die alle recht kurzfristig zu machen waren, auf einen Beschluß gestoßen oder vielmehr auf einen Befehl. Am 6. Dezember 1945 brachte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland den Befehl Nr. 162 „über die Ausbildung von Lehrern“ heraus, und zwar, wie es hieß, zum „Zwecke der Demokratisierung der deutschen Schule in dem sowjetischen Besatzungsgebiet Deutschlands und zur Vorbereitung von Lehrern, die befähigt sind, die deutsche Jugend im Geiste der Demokratie zu erziehen.“¹ Dieser Befehl war gewissermaßen das Geburtsdokument für die Ausbildung Tausender Neulehrer im Osten Deutschlands. Zugelassen wurden zu dieser teils achtmonatigen, zum Teil kürzeren Ausbildung, wie es in einem Informationsblatt z.B. aus dem Kreis Güstrow, auf das ich gestoßen bin, vom 21. Dezember 1945 hieß: „Bewerber beiderlei Geschlechts im Alter von mindestens 18 Jahren aus den Schichten der antifaschistischen Be-

1 Aus dem Befehl Nr. 162 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Ausbildung von Lehrern, 6. Dezember 1945, in: Allen Kindern das gleiche Recht auf Bildung. Dokumente und Materialien zur demokratischen Schulreform. Berlin 1981, S. 92.

völkerung mit Volks-, Mittel- und Oberschulbildung. Ehemalige Mitglieder der NSDAP, ehemalige Offiziere der Wehrmacht und Leiter von HJ-Organisationen werden nicht zugelassen.“²

Ich habe nicht die Absicht – auch schon aus Zeitgründen –, mich wertend mit dem Thema „Neulehrer“ zu beschäftigen. Ich will nur sagen, daß dieser Beschluß und dessen Umsetzung, die Ausbildung Tausender Neulehrer ab 1946, eine ganz entscheidende Zäsur war im Osten Deutschlands im Sinne einer Erneuerung der Lehrerbildung. Um einen zentralen Begriff der heutigen Veranstaltung aufzugreifen – es war sozusagen die erste grundlegende kaderpolitische Entscheidung im Bereich der Lehrerbildung im Osten Deutschlands, der dann bald andere folgten. Ich nenne jetzt einige Daten über die weitere Entwicklung in kurzen Zügen. Im Jahre 1946 kam es an den Universitäten zur Gründung der Pädagogischen Fakultäten. In Potsdam wurde im Jahre 1948 die Gründung der ersten Pädagogischen Hochschule vollzogen. Anfang der fünfziger Jahre kam es nach sowjetischem Vorbild zur Schaffung eines sogenannten „neuen Typs“ von Lehrerbildungsstätten, zum Aufbau der Pädagogischen Institute (der späteren Pädagogischen Hochschulen) sowie der Institute für Lehrerbildung.

Die im Jahre 1953 vollzogene Gründung der Pädagogischen Institute hatte, so mein Einblick in diesen Vorgang, im wesentlichen zwei Hintergründe. Zum ersten galt es, neue institutionelle Möglichkeiten für die Lehrerbildung zu schaffen. Der Bedarf an möglichst gut ausgebildeten Lehrern war groß und konnte offensichtlich von den Universitäten allein nicht gedeckt werden. Zweitens war aber die Absicht der SED unverkennbar, einen größeren und direkten Einfluß auf die Lehrerbildung und den Einsatz der in ihr wirkenden Kader zu gewinnen. Dieser Einfluß war an den Universitäten zum Teil eher nur vermittelt gegeben bzw. schwerer zu realisieren.

Systematisch gesehen, meine Damen und Herren – das sage ich jetzt auch nur in groben Zügen, vielleicht mit dem Jahr 1965 als Zäsur, als das Gesetz über das sogenannte einheitliche sozialistische Bildungssystem verabschiedet wurde –, war die Lehrerbildung wie folgt in der DDR organisiert:

1. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer für die Unterstufe erfolgte an den Instituten für Lehrerbildung. Diese Institute waren auf der Fachschulebene angesiedelt. Voraussetzung für die Aufnahme war der Abschluß der Zehnklassigen Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule, wie es hieß. Es gab aber – ich füge das kurz ergänzend hinzu – am Ende der DDR die Vorstellung, die Zahl der oft sehr kleinen Institute für Lehrerbildung zu konzentrieren und zu reduzieren, sie den Pädagogischen Hochschulen anzugliedern, um schrittweise den Übergang zur Hochschulausbildung auch der Unterstufenlehrer zu vollziehen. Das war Absicht, ist belegbar, aber dazu ist es aus den bekannten Gründen dann nicht mehr gekommen. Das war sozusagen angedacht, aber nur

2 Wer will Lehrer werden? Informationsblatt. Güstrow, den 21. Dezember 1945, in: Allen Kindern das gleiche Recht, S. 96.

erste Schritte sind eingeleitet worden, auch im Raum Halle, aber es ist nicht mehr voll wirksam geworden.

2. Die Ausbildung der sogenannten „Diplomlehrer der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschulen“ erfolgte in einem vier-, später dann in einem fünfjährigen Studium (fünf Jahre ab Beginn der achtziger Jahre) an den Universitäten und an den Pädagogischen Hochschulen. Das Studium an einer Pädagogischen Hochschule – es gab neun in der DDR – war dem Lehrerstudium an einer Universität bzw. einer Hochschule gleichgestellt. Ich füge vollständigkeitshalber hinzu, daß die Ausbildung von Berufsschullehrern und von Lehrern für die Sonderschulen an einer Reihe von Universitäten und Hochschulen erfolgte, und ich füge weiter hinzu, daß auf zwei Profile der Lehrerbildung noch hinzuweisen ist, die nur an der Universität Leipzig existierten: nämlich die Ausbildung von Fremdsprachenlehrern für die Erwachsenenbildung und auf die Studienrichtung „Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus.“

Von daher, meine Damen und Herren, habe ich nun versucht, mich dem Zusammenhang „Kaderentwicklung und Lehrerbildung“ so zu nähern, daß ich mir sage, es gibt offensichtlich eine Schrittfolge, die man sich wie folgt vorstellen kann:

1. Kader werden vorbereitet und ausgewählt.
2. Kader werden qualifiziert, sie werden ausgebildet.
3. Kader werden nach dem Erwerb von Qualifikationen entsprechend dem verfolgten Zweck eingesetzt und gesellschaftlich wirksam.

Ich will die in der DDR dominierenden Begriffe dafür verwenden, also erstens Zulassung und was ihr vorausging, zweitens Ausbildung, also Lehrerbildung, und drittens Absolventenlenkung, Absolventeneinsatz.

Zur Zulassungspolitik: Hier muß meines Erachtens zuallererst die Aussage stehen, daß für die Zulassung zum Lehrerstudium genau die Prämissen galten, wie sie generell für die Aufnahme an eine Universität oder Hochschule zutreffend waren: erstens – so jedenfalls die offizielle Intention – der durch Planzahlen (Plan der Zulassungen) prognostizierte künftige Bedarf an Lehrern für die verschiedenen Fachkombinationen und die verschiedenen Bezirke. Das war die Theorie. So hatte man bestimmte Vorstellungen, was eine Planzahl aussagt. Zweitens die „Berücksichtigung“, wie es in einer entsprechenden Rechtsvorschrift hieß, der „sozialen Struktur der Bevölkerung“;³ man wollte verhindern, so die offizielle Intention, daß sich die Intelligenz sozusagen aus sich selbst reproduziert, weshalb die Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern einen beträchtlichen Stellenwert erhielt. Ich füge sofort in Klammern hinzu, daß diese Förderung in den letzten zwei Jahrzehnten der DDR infolge des sozial-demographischen Wandels immer problematischer wurde, sie also immer

3 Vgl. Anordnung über die Bewerbung, die Auswahl und Zulassung zum Direktstudium an Hoch- und Fachschulen, in: Hoch- und Fachschulbildung. Rechtsvorschriften für Studenten, hrsg. vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Berlin 1987, S. 13.

mehr von Problemen behaftet gewesen ist. Wenn dazu Auskünfte gewünscht sind, gehe ich gern darauf ein. Und drittens sind das summarisch die leistungsmäßigen sowie die politisch-charakterlichen Voraussetzungen – Herr Weiss ist darauf eingegangen. Mit den Bewerbungsunterlagen war einzureichen, wie es offiziell hieß, eine „Einschätzung der Gesamtpersönlichkeit“, und diese Einschätzung war zu erarbeiten von der Schule in Zusammenarbeit mit der Freien Deutschen Jugend.⁴ Das war eine Rechtsvorschrift.

Für die Zulassung speziell zum Lehrerstudium läßt sich in zusammenfassender Form folgendes feststellen: Für die Mehrheit der künftigen Studenten war die Bewerbung, nach meiner Kenntnis und nach vielen Gesprächen, eine mehr oder weniger bewußte Entscheidung für den künftigen Beruf als Lehrer bzw. Fachlehrer. Man wollte Lehrer werden, jedenfalls in den meisten Fällen. Daß ein Teil der Studienanfänger – hier ist es schwer, Zahlen anzugeben – ursprünglich nicht Lehrer werden wollte, also „umgelenkt“ wurde, sei hier aber ebenso deutlich betont.

Das Hauptproblem bei der Zulassung von Lehrerstudenten bestand über viele Jahre hinweg darin, daß einerseits für bestimmte Fachkombinationen ein mehr oder weniger chronischer Bewerbermangel existierte – ich nenne vor allem die Fachkombinationen Mathematik/Physik und Polytechnik, zum Teil auch Russisch-Kombinationen –, während andererseits in bestimmten Fachkombinationen deutlich mehr Bewerber als Studienplätze vorhanden waren. Im Lehrerstudium besonders zu erwähnen sind hier als Beispiele die Kombinationen mit Biologie sowie Deutsch/Englisch.

Es wurden vor allen Dingen zwei Wege beschritten, um das genannte Zulassungsproblem zu lösen oder, sagen wir, zu entschärfen. Es wurden einerseits an Hochschulen bzw. an Außenstellen von ihnen sogenannte Vorkurse eingerichtet. So hatte etwa die Pädagogische Hochschule Halle einen solchen Vorkurs in der Stadt Dessau, um dort junge Leute in einem einjährigen speziellen Ausbildungsgang zur Hochschulreife zu führen, die dazu berechtigt hat – und nur dazu berechtigt hat –, in den Kombinationen Mathematik/Physik bzw. Polytechnik dann ein Lehrerstudium aufzunehmen. Und ich füge ergänzend hinzu, daß Vorkurse über Jahrzehnte hinweg in der DDR, vor allen Dingen im Hinblick auf die Vorbereitung von Abiturienten auf das Studium in technischen Fachrichtungen, einen beträchtlichen Stellenwert hatten.⁵ Andererseits gab es seitens der Universitäten, der Hochschulen Bemühungen, sogenannte Beauftragte einzusetzen, die sozusagen ausschwärzten ins Land an die Oberschulen, Werbungen durchführten, Gespräche führten mit den Schülern, um möglichst zu erreichen, daß letztlich die eingegangenen Studienbewerbungen und die Planziffern der Hochschulen mehr oder weniger übereinstimmen. Es gab dazu einen mehr oder weniger festen Personenkreis über Jahre hinweg,

4 Ebd., S. 14.

5 Vgl. Anordnung über die Durchführung von Vorkursen für junge Facharbeiter zum Erwerb der Hochschulreife an Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. Januar 1982, in: Hoch- und Fachschulbildung. Rechtsvorschriften für Studenten, a. a. O., S. 24 ff.

zum Teil im eigenen Bezirk, aber auch über den eigenen Bezirk hinaus. „Tage der offenen Tür“ taten ein weiteres.

Auf diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, könnten vielleicht zwei Aussagen nicht mehr allzu überraschend sein:

1. Im Unterschied zu einigen anderen Studienrichtungen (etwa Medizin, Biologie, Pharmazie) war die Zahl der Ablehnungen von Studienbewerbern für das Lehrerstudium relativ gering. Wie mir ein langjähriger Direktor für Studienangelegenheiten an einer Pädagogischen Hochschule versicherte, habe diese Zahl – ich war selbst überrascht, ich habe sie ganz aktuell von ihm erfahren – unter 5 Prozent gelegen. Ich will ausdrücklich in Klammern hinzufügen, daß das aber an anderen Hochschulen anders gewesen sein mag.
2. Wer in der DDR willens war, Lehrerin bzw. Lehrer zu werden – und nun füge ich hinzu – und bereit war, die politisch-gesellschaftlichen und inhaltlichen Bedingungen eines Lehrerstudiums zu akzeptieren oder hinzunehmen, wurde in der Regel auch Lehrerstudientin bzw. Lehrerstudent, aber nicht immer in der gewünschten Fachkombination, nicht immer zum gewünschten Zeitpunkt. Eine solche generalisierende Aussage könnte ich für eine Reihe anderer Studienrichtungen (z.B. Medizin) absolut nicht treffen.

In Kenntnis des Themas der heutigen Veranstaltung und der uns übergebenen Fragen war ich nun bei meinen Recherchen und Gesprächen bemüht, der Frage nachzugehen, ob es im Zusammenhang mit Zulassungen zum Lehrerstudium besondere kaderpolitische Einwirkungen, z.B. durch die SED, gegeben hat.

Ich erkläre ohne Umschweife, daß ich – vor allem in Anbetracht der begrenzten Zeit, die mir für meine diesbezüglichen Recherchen zur Verfügung stand – diese Frage heute nicht mit letzter Sicherheit beantworten kann. Nach meinem derzeitigen Erkenntnisstand hat es bei der Zulassung in den meisten Fachkombinationen – ich komme gleich auf Ausnahmen – des Lehrerstudiums keine von der allgemein üblichen Praxis abweichenden Regulierungen oder speziellen Einwirkungen gegeben. Andererseits galt – und nun komme ich auf einen solchen Punkt – gerade der Zulassung künftiger Staatsbürgerkundelehrer, ihrer Ausbildung und dann ihrem späteren Wirken die besondere Aufmerksamkeit der SED und staatlicher Stellen. So nennt etwa auf einer „Zentralen Direktorenkonferenz“ im Jahre 1981 die damalige Ministerin für Volksbildung, Margot Honecker, einen vom Sekretariat des ZK der SED gefaßten Beschluß unter der Überschrift „Zur Erhöhung der Qualität des Staatsbürgerkundeunterrichts und der politischen Arbeit mit den Staatsbürgerkundelehrern nach dem X. Parteitag der SED.“⁶ Es hat solche Beschlüsse gegeben, ganz spezifisch auf das Fach und die Lehrer der Staatsbürgerkunde zugespißt. Zwei Fakten sind noch zu nennen: Für die Zulassung in der „Grundstudienrichtung Diplomallehrer für Marxismus-Leninismus“ galten spezielle Voraussetzungen, und es gab für

6 Vgl. Margot Honecker: Referat auf der Zentralen Direktorenkonferenz in Karl-Marx-Stadt, 10. bis 12. Mai 1981, in: Hoch- und Fachschulbildung. Rechtsvorschriften für Studenten, a. a. O., S. 121 f.

ganz bestimmte Studienrichtungen, und zwar für, wie es in einer Rechtsvorschrift hieß, Studenten der „Fachrichtungsgruppe Oberschullehrer für Staatsbürgerkunde“ und „Grundstudienrichtung Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus“, die eine mindestens dreijährige praktische Tätigkeit nachweisen konnten, ein erhöhtes Grundstipendium, damit eine verbesserte finanzielle Ausstattung.⁷

Zur Ausbildung der Lehrer selbst nur zwei Bemerkungen. Die eine ist folgende: Das, was sich in einer kritischen Analyse der Hochschulbildung generell in der DDR zeigte (ich habe in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Das Hochschulwesen“ im Jahre 1991 dazu meine Sicht der Dinge entwickelt), die dort nachgewiesenen Gegebenheiten, auch Defizite, kann man genauso im Lehrstudium und in der Ausbildung selbst nachweisen. Also etwa dieser Zentralismus, begründet mit der „führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei“ sowie mit gesamtgesellschaftlicher Planung, zeigte sich ebenfalls bei der Konzipierung und Gestaltung akademischer Bildung und insbesondere in der Lehrerbildung in einer spezifischen Form. In dem bereits genannten Bildungsgesetz von 1965 hieß es klar und unmißverständlich: „Der Minister für Volksbildung bestimmt die Grundsätze für die Lehrer- und Erzieherausbildung und bestätigt die Studienpläne.“⁸ Obwohl es zwischen den Ministerien für Volksbildung sowie für Hoch- und Fachschulwesen sogenannte gemeinsame „Zentrale Fachkommissionen“ und andere gemeinsame Gremien gab, war es in der Praxis so, daß alle wesentlichen Fragen der Lehrerbildung durch das Ministerium für Volksbildung und nicht durch das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen entschieden wurden. Im Ministerium für Volksbildung existierte eine Hauptabteilung Lehrerbildung und wirkten ein für diesen Bereich zuständiger stellvertretender Minister sowie über zweieinhalb Jahrzehnte hinweg eine Ministerin, die auch für die Lehrerbildung stets die „Grundrichtung“ vorgegeben hat.

In diesem Zusammenhang soll auf die Tatsache verwiesen werden, daß dem Ministerium für Volksbildung ja alle Pädagogischen Hochschulen und – vermittelt über die Räte der Bezirke, Abteilung Volksbildung – die Institute für Lehrerbildung und die Pädagogischen Schulen für Kindergärtnerinnen unterstellt waren. Dies war selbstverständlich mit kaderpolitischen Konsequenzen verbunden, z.B. auch im Hinblick auf die Anleitungen, Schulungen sogenannter „leitender Kader“ im Volksbildungssystem.

Versucht man nun, die Ausbildung selbst mit wenigen Sätzen zu charakterisieren, würde ich sagen: Wenn man diese Lehrerbildung wie überhaupt die Hochschulbildung in der DDR sich vergegenwärtigt, dann gehörten eben die soge-

7 Vgl. Anweisung Nr. 17/1981 über die Stipendienzahung an Studenten der Grundstudienrichtung Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus und der Fachrichtungsgruppe Oberschullehrer für Staatsbürgerkunde vom 16. Juli 1981, in: Hoch- und Fachschulbildung, Rechtsvorschriften für Studenten, a. a. O., S. 121 f.

8 Vgl. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, hrsg. vom Ministerium für Volksbildung, Staatssekretariat für Berufsbildung und Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Berlin 1973, S. 31.

nannte ideologische Erziehung und wissenschaftliche Bildung zusammen, die Herausbildung des, wie es so oft genannt wurde, „sozialistischen Berufsethos“ und von Fähigkeiten zum aktiven Umgang mit der Wissenschaft, mit Lehre und Studium der Fachwissenschaften, der Erziehungswissenschaften und der „Grundlagen des Marxismus-Leninismus.“ Das ganze wurde vollzogen in einem sogenannten – die Kollegen und Kolleginnen der alten Länder kennen diesen Begriff, in den neuen Ländern ist er noch nicht so bekannt – einphasigen Studiengang der Lehrerbildung. Damit ich nicht nur abstrakt darüber rede, habe ich zwei Folien mitgebracht, um an einem Beispiel zu zeigen, was Lehrerbildung in der DDR vom Inhalt her war (Zahlen siehe unten). Ich habe als Beispiel ausgewählt die Mathematik/Physik-Lehrer nach dem Studienplan von 1982⁹, habe in Prozenten ausgewiesen die Stundenanteile der einzelnen Ausbildungsbestandteile – nur die Lehrveranstaltungen, ohne die Praktika und ohne die Diplomarbeit. Dieser Punkt „wahlweise obligatorische Ausbildung“ – für diejenigen, die nicht so ganz Insider sind – bedeutete, das war das Fachgebiet, auf dem der Student seine Diplomarbeit geschrieben hat, das war eine vertiefende theoretische Ausbildung auf dem Gebiet seiner Diplomarbeit, das war in der Regel Mathematik oder Physik, also auch in der Fachausbildung. Jetzt habe ich in einer zweiten Folie, damit das noch ein bißchen komprimierter wird, das etwas weiter zusammengefaßt. Da sieht das Bild nicht ganz unproblematisch aus, bei Erziehungswissenschaften sowohl die Pädagogik, Psychologie als auch die Fachdidaktiken hier zusammenzufassen. Ich will auf das Problem nur hinweisen.

Ausbildung von Diplomlehrern Mathematik / Physik (Studienplan 1982):
Stundenanteile der einzelnen Ausbildungsbestandteile (nur Lehrveranstaltungen, ohne Praktika und Diplomarbeit) – Angaben in Prozent

Mathematik	28,6
Physik	26,7
Wahlweise-obligatorische Ausbildung	5,5
Methodik Physik und Methodik Mathematik (einschl. Physikalische Schulexperimente)	10,1
Marxismus-Leninismus	9,7
Pädagogik und Psychologie	7,4
Sport, Fremdsprachen, Kulturell-ästhetische Bildung u.a.	12,0
– davon Sport	7,4
In einer etwas komprimierten Form ergibt sich:	
Fachausbildung Mathematik und Physik	55,3
Wahlweise-obligatorische Ausbildung	5,5

⁹ Vgl. Studienplan für die Ausbildung von Diplomlehrern der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen in der Fachkombination Mathematik/Physik an Universitäten und Hochschulen der DDR, hrsg. vom Ministerium für Volksbildung und vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Berlin 1982.

Erziehungswissenschaften	17,5
Sport, Fremdsprachen u.a.	12,0
Marxismus-Leninismus	9,7

Ich werde jetzt nichts zum Absolventeneinsatz sagen, aber zum Schluß noch auf zwei praktische Probleme eingehen als Beispiele, um das ein wenig abzurunden. Zum Stichwort „Nachwuchskaderentwicklung für die pädagogischen Disziplinen“, also für die pädagogischen Wissenschaften: Da ist man in den achtziger Jahren seitens des Ministeriums für Volksbildung auf den Standpunkt gekommen, daß das sonst für die Nachwuchsentwicklung geeignete Forschungsstudium für die Nachwuchskaderentwicklung im Bereich der Pädagogik und Erziehungswissenschaften nicht geeignet sei¹⁰, und hat einen Weg vorgeschlagen über die Assistenten und vor allem über die Aspirantur.¹¹ Das hat sachliche Hintergründe. Die jungen Leute sollten schon mal eigene schulpraktische Erfahrungen mitbringen für ihre wissenschaftliche Arbeit – insofern einsehbar –, es hat aber auch einen kaderpolitischen Akzent, nämlich die Auswahl und Delegation der Kader lag weitgehend fest in den Händen der Organe der Volksbildung. Es gab auf diesem Gebiet der Aspiranten- und Assistentengewinnung ebenfalls Planaufgaben im Bereich der Volksbildung und an den Hochschulen. Man überließ auch auf diesem Gebiet nichts dem Zufall. Auf einer in der DDR vielgenannten „Erfurter Konferenz“ zur Lehrerbildung im Jahre 1985¹² hat die Ministerin für Volksbildung das in die Worte gefaßt: „Wir verfügen über ein großes Potential hervorragender junger Lehrer und Schuldirektoren, die befähigt sind, ihre Erfahrungen aus der Schulpraxis in die wissenschaftliche Arbeit einzubringen. Haben wir hier nicht“, so fragte sie, „eine wichtige Kaderreserve (*da kommt auch der Ausdruck „Kaderreserve“*) vor allem für die Erziehungswissenschaften? Unsere Schulräte (*jetzt werden die Schulräte dort mit einbezogen*) tragen eine große Verantwortung dafür, mehr solche Kader zu einer Qualifizierung im Rahmen einer wissenschaftlichen Aspirantur zu delegieren.“¹³ Man muß also hier die sachliche Seite sehen, aber auch den Gedanken, was an Intentionen dahintersteht speziell seitens des Ministeriums für Volksbildung.

Meine Damen und Herren, ich war in meiner Tätigkeit an der Universität Leipzig unter anderem verantwortlich für die Pädagogikausbildung (Hoch- und Fachschulpädagogik) der künftigen Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus. Das Besondere dieser Ausbildung sind einmal inhaltlich gesehen die Studienfächer Philosophie, Geschichte der Arbeiterbewegung etc.. Aber ich will noch zwei Dinge nennen zur Information, einfach weil ich sie sehr genau kenne. Für

10 Vgl. G. Fuchs: Die weiteren Aufgaben bei der Entwicklung des theoretischen Niveaus und der Praxiswirksamkeit der pädagogischen Ausbildung der Diplomlehrerstudenten, in: Pädagogik, H. 9/1987, S. 681.

11 Ebd.

12 Auf der „Erfurter Konferenz“ (15./16. November 1985) hielt M. Honecker ein Referat zum Thema „Die Schulpolitik der SED und die wachsenden Anforderungen an den Lehrer und die Lehrerbildung“, in: Pädagogik, H. 1/1986, S. 2 ff.

13 Ebd., S. 36 f.

dieses Studium galten nämlich spezielle Voraussetzungen, die im Studienplan fixiert waren. Dazu gehörte „eine dreijährige praktische Tätigkeit vor Beginn des Studiums (Ausübung einer hauptamtlichen Funktion in der FDJ oder anderen gesellschaftlichen Organisationen oder Tätigkeit im erlernten Beruf in Verbindung mit aktiver gesellschaftlicher Tätigkeit)“ bzw. „eine mindestens dreijährige Dienstzeit...in der NVA bzw. in anderen bewaffneten Organen der DDR“, wie es hieß.¹⁴

Ganz offensichtlich auch auf dem Hintergrund der Tatsache, daß es Probleme gab, gerade in dieser Studienrichtung in bestimmten Disziplinen die Planzahlen zu erfüllen, ist man dann in den achtziger Jahren auf folgende Veränderungen gekommen: Man wollte Studenten aus anderen Fachrichtungen – Juristen, Soziologen, Ökonomen – gewinnen für einen Fachrichtungs- und Hochschulwechsel an die Universität Leipzig und dort zu dem Ziel führen „Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus.“ Und eine allerletzte Überlegung aus einem Studienplan von 1989 war die, Absolventen aus verschiedenen Gesellschaftswissenschaften, also diplomierte Hochschulabsolventen, nach einem individuellen Plan nachträglich zu qualifizieren, auch zum „Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus.“¹⁵

Alle diese Fragen, die Ausbildung dieser Studenten, ihre Zulassung und ihre spätere sogenannte Absolventenlenkung – all das befand sich in der Obhut und unter der Kontrolle der SED und der zuständigen staatlichen Leiter, und zwar vom Zentralkomitee der SED mit seiner Abteilung Wissenschaften bis hinunter zu den SED-Grundorganisationen und Parteigruppen, vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen bis hinunter zu den einzelnen Lehrgruppen. An der Universität Leipzig existierte für die genannten Fragen eine ständige Arbeitsgruppe beim Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, und auf der Ebene der SED wurden wiederholt spezielle sogenannte „Parteiaktivtagungen“ nur mit Wissenschaftlern und Studenten dieser Studienrichtung durchgeführt.

Meine Damen und Herren, so deutlich ich das sage, die Fakten in aller Kürze und Gedrängtheit, will ich nicht verschweigen und mich daran erinnern, daß ich nicht wenige Studenten gerade dieser Fachrichtung auch als kritische und engagierte Partner erlebt habe. Viele von ihnen hatten die Absicht, in ihrer künftigen beruflichen Tätigkeit, also in dem sogenannten marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium, mit künftigen Studenten über politische, philosophische, ethische, ökonomische, historische Fragen so zu debattieren und zu streiten, daß Interessen geweckt, geistige Aktivitäten herausgefordert und Alltagsprobleme und -sorgen nicht umgangen werden. Sie akzeptierten sicherlich ganz grundsätzlich das gesellschaftliche System der DDR, aber wollten ihren Beitrag dazu leisten, es zu verbessern. (Beifall)

14 Vgl. Studienplan für die Grundstudienrichtung Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus, hrsg. vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR. Berlin 1982, S. 10.

15 Vgl. Studienplan für die Grundstudienrichtung Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus, hrsg. vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Berlin 1989, S. 18 (maschinenschriftliche Vervielfältigung), S. 19.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Kiel. Wir haben jetzt die Chance, an beide Referenten unsere Fragen zu richten. Ich würde Sie darum bitten, wenn das möglich ist, auch immer gleich zu sagen, an wen der beiden Herren die Frage geht. Es beginnt Markus Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich habe zwei Fragen, jeweils eine an beide Redner: Die erste Frage an Herrn Professor Weiss: Sie haben sehr ausführlich die Kaderpolitik von der Krippe bis zur Hochschule beschrieben. Ich möchte nochmal für die Zeit nach 1990 nach den *Folgen* dieser Politik fragen. Wie schätzen Sie das ein? Denn das, was Sie beschrieben haben, zeigt ja, daß es sehr starke Prägungen gegeben hat durch die Ausbildung in der DDR. Wie bewerten Sie, wie Menschen, die dies alles erlebt, sich zu einem großen Prozentsatz dann auch eingefügt haben in dieses System, fähig und bereit sind, heute damit umzugehen, gerade in dem Feld, in dem Sie arbeiten, an der Universität?

Meine zweite Frage, die in diesen Zusammenhang gehört: Wie würden Sie bewerten – ich weiß nicht, ob Sie selbst an Evaluierungen beteiligt waren, insofern wäre es dann eine Selbstbeurteilung –, wie diese Evaluierungen gelaufen sind? Entspricht das Ergebnis Ihren Erwartungen? Kann man – wie oft geschehen – von einem Kahlschlag in der Wissenschaft sprechen? Wie schätzen Sie diese Entwicklung ein? Das dritte in diesem Zusammenhang an Sie: Sie sprachen auch von den Benachteiligten, von Erfahrungen, die nicht wieder aufzuholen sind. Meine Frage: An welchen Stellen, in welchen Bereichen sehen Sie heute noch eine Möglichkeit, etwas zu tun? Das wäre wichtig, denn die Enquete-Kommission hier hat sich vorgenommen, jetzt nicht nur historisch zu fragen, sondern auch politische Empfehlungen zu geben. Uns wäre deshalb sehr wichtig, wenn Sie uns dazu etwas sagen könnten.

An Herrn Professor Kiel habe ich die Frage: Sie haben – für mich sehr interessant – uns Aufklärung gegeben über die Lehrerausbildung. Meine persönliche Frage ist: Wie beurteilen Sie als Zeitzeuge heute selber Ihr damaliges Agieren, das ja sehr stark eingebunden war in das System, das Sie uns eben analytisch dargestellt haben? Haben Sie das aus Überzeugung getan? Wo fühlten Sie sich gelenkt, vielleicht vergewaltigt? Wie können Sie heute damit umgehen? Ich weiß nicht, ob Sie das beantworten wollen; ich würde auch akzeptieren, wenn Sie das nicht wollen, weil ich glaube, dieser Beitrag hat uns etwas gebracht. Aber wenn Sie dazu bereit sind, wäre das, wie ich denke, hilfreich, wenn Sie auch als Zeitzeuge und nicht nur als Sachverständiger reden würden. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Jacobsen bitte.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Ich habe zwei Fragen an Herrn Weiss, eine mehr als Informationsfrage, und die zweite bezieht sich auf die Folgen dessen, was Sie angedeutet haben.

Erstens: Wir werden uns ja im Rahmen der Enquete-Kommission in erhöhtem Umfange mit der Frage der Handlungsspielräume auseinandersetzen müssen